



**Nicht anwesend sind:**

**sachkundige Einwohner**

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Oud Joffe	Potsdamer Demokraten/BVB	entschuldigt
	Freie Wähler	
Herr Roman Kuffert	AfD	entschuldigt
Herr Johannes Roeder		entschuldigt
Herr Prof. Dr. Hermann Voesgen	Bündnis90/Die Grünen	entschuldigt

**Schriftführer/in:**

Frau Bettina Schmidt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2018 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger,  
Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte  
Vorlage: 17/SVV/0821  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",  
Nummer 14 - Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der  
Volkshochschule  
Vorlage: 17/SVV/0835  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung  
FA, HA, B/Sp.  
(Wiedervorlage)
  - 3.3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre  
2018/2019  
Vorlage: 17/SVV/0951  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung  
2. Lesung  
(Wiedervorlage)
  - 3.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018  
Vorlage: 17/SVV/0952  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service  
2. Lesung  
(Wiedervorlage)
  - 3.5 Zukunftsprogramm 2022  
Vorlage: 17/SVV/0953  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation  
2. Lesung  
(Wiedervorlage)
  - 3.6 Sanitätskorps-Denkmal  
Vorlage: 17/SVV/0971  
Fraktion AfD
  - 3.7 Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden  
Vorlage: 18/SVV/0049  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum
  - 3.8 Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam zum 30. Jahrestag der  
Demonstration vom 4. November 1989  
Vorlage: 18/SVV/0063  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4            Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1        Projektförderung 2018
- 5            Sonstiges

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

In Bezug auf die Niederschrift der Sitzung vom 18.01.2018 erhebt sich kein Widerspruch. Die Niederschrift wird zur Abstimmung gestellt:

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Enthaltung:	<b>1</b>

Die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

In Bezug auf die Tagesordnung bittet Frau Dr. Schröter darum, den Tagesordnungspunkt 3.6 zu Beginn der Sitzung aufzurufen, da auf Grund einer terminlichen Überschneidungen die Teilnahme des Verwaltungsvertreters sonst nicht möglich wäre. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Dr. Klockow bittet darum, das der Tagesordnungspunkt 3.2 noch einmal zurückgestellt wird und die Verwaltung zunächst prüft, ob bei Umsetzung des Antrags eine Scheinselbständigkeit vorläge.

Frau Dr. Schröter weist darauf hin, dass über den Antrag in der heutigen Sitzung entschieden werden müsste, da in der nächsten Stadtverordnetenversammlung darüber votiert wird.

Herr Kolesnyk macht zudem darauf aufmerksam, dass in der heutigen Sitzung auch die Auswertung zu der im letzten Jahr durchgeführten Umfrage seitens der Verwaltung vorgenommen werden soll und der Tagesordnungspunkt nicht verschoben werden sollte.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

### zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

#### zu 3.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger, Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte Vorlage: 17/SVV/0821

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Dr. Schröter übergibt Frau Schumann, Referentin des Oberbürgermeisters, das Wort.

Frau Schumann informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der Antrag aus Sicht der Verwaltung abzulehnen sei. Die Landeshauptstadt finanziere keine religiösen Bauten. Lediglich würde die Verwaltung zum Beispiel koordinierende Unterstützung bei Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Dies sei auch aus rechtlicher Sicht zulässig.

Die Mitglieder des Ausschusses sprechen sich ebenfalls dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung:

**Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt keine finanziellen Mittel für die Förderung von religiösen Projekten oder Aktivitäten zur Verfügung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>0</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**abgelehnt**

#### zu 3.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14 - Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der Volkshochschule

**Vorlage: 17/SVV/0835**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung  
FA, HA, B/Sp.  
(Wiedervorlage)

Frau Dr. Schröter stellt das beantragte Rederecht von Frau Spaan zur Abstimmung:

#### **Absimmungsergebnis:**

Einstimmig **angenommen.**

Frau Spaan nimmt Bezug auf die durchgeführte Umfrage der Dozenten/innen an der Volkshochschule Potsdam. Sie betont, dass ca. 90 % der Lehrkräfte mit der

derzeitigen Vergütung und sozialen Absicherung nicht zufrieden seien. Netto würden die Dozenten/innen etwa 10 € pro Stunde verdienen. Die zur Durchführung der Stunden erforderliche Büroarbeit würde nicht bezahlt.

Die Teilnahme am kulturellen Leben sei durch die geringe Bezahlung erschwert. Gewünscht wird eine angemessene Vergütung und die Bindung der Lehrkräfte an die Volkshochschule. Verschiedene Modelle (Halbtagsstellen, Bildung von volkshochschulübergreifenden Pools etc.) wären denkbar. Gegebenenfalls könne die Stadt in Vorleistung gehen und sich die Gelder vom Bund und vom Land zurückholen.

Frau Aubel informiert die Ausschussmitglieder über das Ergebnis der Befragung:

- Befragt wurden alle 121 Dozenten/innen der Volkshochschule;
- 52 Dozenten/innen (42%) haben an der Befragung teilgenommen;
- Die höchste Beteiligung (9 von 15 Dozenten) war bei den Dozenten aus dem Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ zu verzeichnen;
- 90% der Teilnehmer seien mit den bisherigen Arbeitsbedingungen zufrieden;
- 8 Teilnehmer gaben an, mehr als 15 Stunden die Woche bei der Volkshochschule zu arbeiten;
- 21 Teilnehmer (40%) sprechen sich für ein höheres Honorar aus;
- 11 Dozenten/innen (21%) favorisieren Zuschüsse zu den Sozialabgaben (analog Berliner Modell);
- 4 (8%) Teilnehmer plädieren für eine Festanstellung in Vollzeit;
- 11 (21%) Teilnehmer sprechen sich für eine Festanstellung in Teilzeit aus  
→ Insgesamt 29 % der Befragten sind für eine Festanstellung.

Im Rahmen der Umfrage konnte festgestellt werden, dass die Bedarfslage der Dozenten/innen sehr heterogen sei. Die Ergebnisse wurden in zwei Veranstaltungen den Dozenten/innen der Volkshochschule vorgestellt.

Für 45 Minuten (= eine Unterrichtseinheit) bekämen die Dozenten/innen 30,- €. Für Integrationskurse würden die Dozenten/innen 35,- € gemäß Festlegung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhalten. Das Modell der Volkshochschule basiert auf freie und nebenberufliche Tätigkeit. Diese Auffassung wird auch seitens des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V., zur Schaffung attraktiver und bedarfsorientierter Angebote, vertreten.

Eine Erhöhung des Honorars wäre nicht zielführend. Eher würde die Überarbeitung der Honorarordnung angestrebt. Dabei müsse man auch Unterschiede in Bezug auf die vorhandene Vorbildung, den zu lehrenden Bereich (Integration, Sprache etc.) und die Kursgröße machen.

In Bezug auf die Zuschüsse zu den Sozialabgaben berichtet Frau Aubel, dass das Rechtsamt davon abrate. Oft würde dies bei Stadtstaaten umgesetzt, allerdings verfügen diese über andere Regelungen in der Landesgesetzgebung. Im Falle der Bezuschussung zu den Sozialabgaben, würden die Dozenten/innen schnell in eine arbeitnehmerähnliche Beschäftigung fallen. Vorstellbar wäre eher ein Format im Sinne der Künstlersozialkasse. Dies könne aber nur auf Bundesebene realisiert werden.

Im Bereich der Integrationskurse und Grundbildung könnten eventuell drei Stellen befristet für zwei Jahre eingerichtet werden. Allerdings müssten die Stellen dann ausgeschrieben werden. Der Bedarf für die Bereitstellung von Integrationskursen könne jedoch nicht vorhergesehen werden. Der Wegfall der Honorarmittel würde die Arbeitgeberkosten einer Festanstellung nur zu ca. 50 % kompensieren. Die weiteren notwendigen Mittel seien derzeit im Haushalt nicht berücksichtigt.

Herr Dr. Xhyra ergänzt, dass in den letzten Jahren des Öfteren die Möglichkeit bestand, sich auf ausgeschriebene Stellen in der Volkshochschule zu bewerben. Bereits sechs ehemalige Dozenten/innen konnten sich auf ausgeschriebene feste

Stellen an der Volkshochschule erfolgreich bewerben.

Herr Kolesnyk hinterfragt, wie hoch die derzeit im Haushalt noch nicht eingeplante Summe zur Deckung der Personalkosten für die eventuell drei einzurichtenden Stellen sei. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass die Stellen nach Ablauf der zwei Jahre auch entfristet werden könnten. Aus seiner Sicht würden zwei Varianten im Umgang mit den Dozenten/innen an der Volkshochschule in Frage kommen. Entweder eine Begrenzung der maximalen Wochenstunden je Dozent oder die Anstellung der Dozenten.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob bis zur Stadtverordnetenversammlung am 07.03.2018 eine finanzielle Untersetzung der möglichen zu implementierenden drei Stellen im GB 2 möglich wäre, wird seitens Frau Aube! bestätigt. Frau Aube! merkt an, dass der Antrag in Bezug auf die Sozialbeiträge nicht umsetzbar sei.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, den Antrag als Prüfauftrag zu formulieren. Dies wird seitens der Ausschussmitglieder begrüßt.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag in Form eines Prüfauftrages zur Abstimmung:

**Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob für** Für Kursleitende mit einer hohen Anzahl von Unterrichtsstunden ~~werden~~ Teilzeit- oder Vollzeitstellen geschaffen **werden können und ob**—Für für andere Kursleitende ~~wird~~ eine Erhöhung des Honorars nach den Maßgaben des BAMF für Lehrkräfte von Integrationskursen von 2016 vorgenommen **werden kann**. Weiterhin ~~sollen~~ **soll geprüft werden, ob** Kursleitende, in Abhängigkeit der Stundenzahl, stufenweise Zuschüsse von bis zu 50 % zu den Sozialbeiträgen sowie Krankengeld im Krankheitsfall und bezahlten Urlaub erhalten **können**.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**

### **zu 3.3 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019**

**Vorlage: 17/SVV/0951**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

2. Lesung

(Wiedervorlage)

Frau Dr. Schröter merkt an, dass die Änderungsanträge noch nicht in allen Fraktionen beraten werden konnten. Aus diesem Grund schlägt sie vor, dass die Anträge zwar eingebracht werden können, aber nicht zwingend ein Votum abgegeben werden muss. Es fänden noch weitere Abstimmungstermine zwischen den Fraktionsvorsitzenden oder im Finanzausschuss statt, in denen Meinungen gebildet und votiert werden könne. Frau Dr. Schröter fragt Herrn Mensch, ob er damit einverstanden sei, den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW zum Volkspark im Ausschuss nicht aufzurufen, da dieser nicht zuständig sei. Herr Mensch stimmt dem zu. Des Weiteren schlägt Frau Dr.



Schröter vor, die Änderungsanträge nach Themen zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Kolesnyk spricht sich dafür aus, die Änderungsanträge der CDU/ANW, der SPD und der Fraktion DIE LINKE zur Thematik Nachbarschafts- und Begegnungshäuser im Ausschuss noch nicht zu votieren. Es handele sich teilweise um investive Mittel, für deren Finanzierung noch die Deckung angegeben werden müsste. Auch sei teilweise nicht klar, wofür die Mittel eingesetzt werden sollen.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass die Gelder für das Bürgerhaus Scholle 34 erst fließen sollen, wenn die Trägerkonstruktion geschaffen wurde.

Herr Fröhlich informiert darüber, dass auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag zu Gunsten der Scholle 34 eingereicht haben. In 2018 sollen 50.000 € und in 2019 150.000 € für die Weiterentwicklung der Scholle 34 eingestellt werden.

***Die Mitglieder des Ausschuss für Kultur und Wissenschaft sprechen sich für die Unterstützung des Nachbarschaftshauses aus. Die Änderungsanträge werden nicht zur Abstimmung gestellt.***

Frau Dr. Schröter ruft die Änderungsanträge zur ganzjährigen Förderung auf.

Herr Fröhlich bringt den Änderungsantrag zur Unterstützung des Engagements der Kammerakademie Potsdam gGmbH ein.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, den Änderungsantrag in der Sitzung nicht zu votieren.

Herr Fröhlich bringt den Änderungsantrag zur Chorförderung des okomenischen Chores Kirchenwind ein.

Herr Kolesnyk verweist auf die Jury zur Chorförderung und erfragt, ob ein Antrag auf Förderung bei der Stadt gestellt wurde. Dies wird seitens Frau Dr. Seemann verneint.

Frau AubeI bemerkt, dass eine Förderung außerhalb der Chorförderung kritisch sei. Es sollte kein Einzelfall geschaffen werden.

Frau Dr. Seemann führt aus, dass der Chor für das Jahr 2019 einen Antrag auf Chorförderung stellen könnte.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, den Änderungsantrag in der Sitzung nicht zu votieren.

Herr Fröhlich bringt den Änderungsantrag für die zusätzliche Förderung von Festen und Festivals ein.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter, wie die Fraktion auf die Summe von 75.000 € komme, verweist Herr Fröhlich auf Frau Dr. Seemann. Frau Dr. Seemann erwidert, dass gemäß Konzept 100.000 € für die Festivalförderung vorgesehen seien. Allerdings wären nur 25.000 € im Haushaltsplan enthalten. Sie könne sich vorstellen, dass dies damit zusammen hängt. Mit den beantragt 75.000 € könnte das Konzept umgesetzt werden.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, den Änderungsantrag in der Sitzung nicht zu votieren.

Herr Fröhlich bringt den Änderungsantrag zur Erhöhung des Haushaltsansatzes des Potsdamer Kunstvereins ein.

Auf Nachfrage teilt Frau Aabel mit, dass die Verwaltung den Änderungsantrag begrüße.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Haushaltsansatz des Potsdamer Kunstvereins zu erhöhen.**

**Finanzbedarf 2018/2019:**

**Für den Potsdamer Kunstverein (Produkt 28401) soll der Haushaltsansatz mit einer Förderung von 2.000 Euro jährlich den Betrieb der Galerie sicherstellen.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**.

Herr Fröhlich bringt den Änderungsantrag zur institutionellen Förderung des Kunsthauses sans titre ein.

Herr Kolesnyk teilt mit, dass auch die SPD einen Änderungsantrag zur Förderung des Kunsthauses gestellt habe. Laut Aussage von Herrn Meininger würden jedoch 26.000,00 € p.a. ausreichen. Aus diesem Grund hat die Fraktion SPD eine Förderung in 2018 in Höhe von 18.000 € und in 2019 in Höhe von 25.000 € beantragt. Da das Jahr 2018 bereits begonnen hat, wird eine Förderung vom 18.000 € in 2018 als auskömmlich angesehen.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Kunsthaus sans titre in die institutionelle Förderung der Stadt aufzunehmen.**

**Finanzbedarf 2018/2019:**

**Die Förderung des Kunsthauses sans titre (Produkt 28401) ist mit jährlich 30.000 Euro finanziell auszustatten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 6

Enthaltung: 0

**Der Änderungsantrag wird abgelehnt**

Herr Kolesnyk bringt den Änderungsantrag der Fraktion SPD zur Förderung folgender Träger/Projekte ein:

Fabrik: 2018 - 9.500 €; 2019 - 9.500 €

T-Werk: 2018 - 8.900 €; 2019 - 8.900 €

Waschhaus: 2018 - 13.000 €; 2019 - 13.000 €

Musik an der Erlöserkirche: 2018 - 31.000 €; 2019 - 50.000 €

Sans titre: 2018 - 18.000 €; 2019 - 25.000 €

Kulturhaus Babelsberg: 2018 - 21.900 €; 2019 - 21.900 €

Weberstube Babelsberg: 2018 - 3.900 €; 2019 - 3.900 €

Frau Aubele teilt mit, dass der Antrag seitens der Verwaltung begrüßt wird.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

***Im Fachbereich 24 sollen folgende Träger /Projekte über vorgesehene Zuwendungen hinaus die benannten Summen zugewiesen bekommen:***

***Fabrik: 2018 - 9.500 €; 2019 - 9.500 €***

***T-Werk: 2018 - 8.900 €; 2019 - 8.900 €***

***Waschhaus: 2018 - 13.000 €; 2019 - 13.000 €***

***Musik an der Erlöserkirche: 2018 - 31.000 €; 2019 - 50.000 €***

***Sans titre: 2018 - 18.000 €; 2019 - 25.000 €***

***Kulturhaus Babelsberg: 2018 - 21.900 €; 2019 - 21.900 €***

***Weberstube Babelsberg: 2018 - 3.900 €; 2019 - 3.900 €***

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur zusätzlichen Förderung des Theaterschiffs Potsdam e.V. in 2018 und 2019 mit jeweils 30.000 € ein.

Herr Kolesnyk merkt an, dass in 2018 30.000 € nicht mehr benötigt würden und gegebenenfalls Gelder für den Brandschutz genommen werden könnten.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass die Formulierung des Antrags zur Verwendung der Gelder offen ist.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

***Im Produkt 28401025318100 – Kulturpflege – werden für die Sicherung des Betriebes des Theaterschiff Potsdam e.V. für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 jeweils 30.000 Euro zusätzlich eingestellt.***

***HH-Stelle: 28401025318100***

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**

Frau Dr. Schröter ruft die Änderungsanträge zur Potsdamer Mitte auf.

Herr Kolesnyk bringt den Änderungsantrag der Fraktion SPD zur Fortführung der konzeptionellen Arbeit für ein gemeinsames Kulturmanagement und –marketing für die Potsdamer Mitte, ein.

Herr Wendland bemerkt, dass in dem Antrag die Nikolaikirche nicht genannt werde. Daraufhin erwidert Herr Kolesnyk, dass die Auflistung nicht abschließende vorgenommen wurde.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

***Gemeinsames Kulturmanagement und -marketing Potsdamer Mitte  
Analog zum Standortmanagement Schiffbauergasse ist für die Potsdamer***

**Mitte die konzeptionelle Arbeit für ein gemeinsames Kulturmanagement und -marketing fortzuführen und zum Abschluss zu bringen.  
Für die anschließende Umsetzung sind die erforderlichen finanziellen Vorkehrungen zu treffen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**

Frau Dr. Schröter bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, welcher eine zusätzliche Förderung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 von jeweils 20.000 € für die Potsdamer Mitte vorsieht, ein. Das Geld soll zur Unterstützung der Durchführung von vier Veranstaltungen in der Potsdamer Mitte eingesetzt werden.

Frau Walter merkt an, dass auch an die Unterstützung ehrenamtlicher Feste in der Potsdamer Mitte, wie das Tulpenfest, gedacht werden sollte. Frau Dr. Schröter erwidert, dass dies jedoch aus einer anderen Finanzierungsquelle bereitgestellt werden müsste.

Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing, macht zudem deutlich, dass der Ausfall ehrenamtlicher Feste nichts mit fehlenden finanziellen Mitteln zu tun habe. Die engagierten Ehrenamtler werden älter und schaffen aus verschiedensten Gründen die Umsetzung der Feste nicht mehr.

Frau Dr. Schröter stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

**Im Produkt 1115001 – Potsdamer Mitte Bildungsforum werden für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 jeweils 20.000 Euro zusätzlich eingestellt.  
HH-Stelle: 1115001 5291100**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**

Frau Dr. Schröter bringt den haushaltsbegleitenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Lösung der Depotprobleme der Landeshauptstadt Potsdam ein.

Zu dem haushaltsbegleitenden Antrag gibt es keinen Redebedarf. Der haushaltsbegleitenden Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die begleitenden Voruntersuchungen, Problemanalysen und Kostenberechnungen für Vorschläge zur Lösung der Depotprobleme der Landeshauptstadt Potsdam so zu gestalten, dass entscheidungsreife Ergebnisse Ende des 2. Halbjahres 2019 vorgelegt werden, um darauf fußende Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung zügig vorzubereiten und die Finanzierung der Planungs- und Investitionsmittel inklusive möglicher Drittmittelförderung in den Doppelhaushalt 2020/2021 einfließen zu lassen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung:       **6**  
Ablehnung:         **0**  
Enthaltung:        **1**

Herr Kolesnyk gibt den Änderungsantrag für die zu erbringenden Mehrerträge, die als Deckungsquelle für die Änderungsanträge der SPD herangezogen werden sollen, zur Kenntnis. Eine Abstimmung dazu sei nicht erforderlich.

Herr Mensch bringt den Änderungsantrag zur Förderung der Potsdamer Erlebnisnacht in Höhe von 55.000,00 € ein. Die Summe setzt sich aus Bedarfen auf Nachfragen bei den Händlern in der Potsdamer Innenstadt zusammen.

Herr Kolesnyk berichtet über ein an die Fraktionen gerichtetes Schreiben mit den für die Durchführung der Erlebnisnacht erforderlichen finanziellen Mittel. Aus seiner Sicht sei der Antrag unterstützenswert. Fraglich sei jedoch, ob eine Förderung des privaten Veranstalters möglich ist.

Frau Dr. Seemann macht deutlich, dass der Fachbereich Kultur und Museum nicht die entsprechende Zuständigkeit habe.

Herr Fröhlich spricht sich dafür aus, den Antrag durch den Finanzausschuss votieren zu lassen. Auch Frau Dr. Klockow spricht sich dafür aus, den Antrag nicht durch den Ausschuss zu votieren, die Hintergründe seien dem Ausschuss nicht bekannt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Der Änderungsantrag wird im Ausschuss nicht votiert.

Frau Dr. Schröter nimmt Bezug auf den eingereichten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Medienbus und merkt an, dass der Antrag bereits im Bildungsausschuss thematisiert wurde und der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nicht zuständig sei.

Herr Kolesnyk bringt den haushaltsbegleitenden Antrag der Fraktion SPD zur Finanzierung der Kubus gGmbH ein. Dazu gibt es keinen Redebedarf.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

***Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung der Kubus gGmbH neu zu ordnen und an die laufende Preisentwicklung anzupassen.***

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**

Herr Kolesnyk hinterfragt, ob die Änderungsanträge der Fraktion DIE aNDERE in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft eingebracht werden. Dies wird seitens Frau Liefeld verneint.

Die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob der Ausschuss über die Beschlussvorlage zum Haushalt abstimmen wolle wird verneint.

**Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft nehmen die Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung der Haushaltsjahre 2018/2019 zur Kenntnis.**

**zu 3.4      Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018**

**Vorlage: 17/SVV/0952**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

2. Lesung

(Wiedervorlage)

Zu der Vorlage besteht kein Redebedarf.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Beschlussvorlage zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018 **zur Kenntnis**.

**zu 3.5      Zukunftsprogramm 2022**

**Vorlage: 17/SVV/0953**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

2. Lesung

(Wiedervorlage)

Zu der Vorlage besteht kein Redebedarf.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Beschlussvorlage zum Zukunftsprogramm 2022 **zur Kenntnis**.

**zu 3.6      Sanitätskorps-Denkmal**

**Vorlage: 17/SVV/0971**

Fraktion AfD

Frau Dr. Schröter informiert über das beantragte Rederecht zu dem Tagesordnungspunkt von Herrn Said, sachkundiger Einwohner im Finanzausschuss, und stellt dies zur Abstimmung:

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:            **5**

Ablehnung:              **0**

Enthaltung:            **2**

Herr Said bringt der Antrag der Fraktion AfD ein. Aus Sicht der Fraktion würde das Denkmal stiefmütterlich behandelt. Zudem müsse man das Denkmal auch als Teil der Erinnerungskultur ansehen und im Erinnerungskonzept berücksichtigen. Auch den Gefallenen des ersten Weltkrieges müsse schließlich gedacht werden.

Herr Schenke, kommissarischer Fachbereichsleiter Grün- und Verkehrsflächen, teilt mit, dass 1992 eine Grundsanierung des Denkmals erfolgte. Es bestünde ein Wartungsvertrag, der alle Denkmäler der Stadt, egal welcher politischen Bedeutung, berücksichtigt. Das Denkmal würde regelmäßig frei geschnitten. Auch regelmäßige Kontrollen würden durchgeführt. Eine Instandhaltung sei in 2018 wieder geplant. Aus Sicht der Verwaltung wäre kein Beschluss notwendig, da der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt sei.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag wird einstimmig als **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

**zu 3.7 Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden**  
**Vorlage: 18/SVV/0049**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kultur und Museum

Frau Dr. Seemann bringt die Mitteilungsvorlage ein. Auf Grundlage des vorangegangenen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, wurden Gespräche mit Potsdamer Schulen geführt, um Möglichkeiten einer aktiven Beteiligung von Schülerinnen und Schülern, zu ermitteln. Interessiert seien die Schulen insbesondere an der Zeitzeugenarbeit. Dahingehend habe der Fachbereich Kultur und Museum 2015/2016 filmische Zeitzeugeninterviews erstellt und den Schulen bereitgestellt sowie geeignete Zeitzeuginnen und Zeitzeugen vermittelt.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob das Konzept zum 8. Mai bereits in 2018 umgesetzt werde, wird bestätigt. Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, die Änderung des Zeitplans für die Gedenkveranstaltung rechtzeitig öffentlich bekannt zu geben.

Frau Walter erkundigt sich, ob die Interviews mit den Zeitzeugen auch für die Allgemeinheit abrufbar sei.

Herr Büloff erwidert, dass der Fachbereich daran arbeitet dies umzusetzen und bereits mit dem Bereich IT der Stadt im Gespräch sei. Des Weiteren informiert er darüber, dass es einen Pool von insgesamt 30 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gebe, die an Schulen vermittelt werden könnten.

Frau Dr. Schröter lobt die bisher geleistete Arbeit.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.

**zu 3.8 Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam zum 30. Jahrestag der Demonstration vom 4. November 1989**  
**Vorlage: 18/SVV/0063**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Schröter stellt das beantragte Rederecht von Frau Heike Roth zur Abstimmung. Das Rederecht wird einstimmig **bestätigt**.

Frau Dr. Schröter macht darauf aufmerksam, dass Frau Hüneke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen, zu dem Tagesordnungspunkt zunächst Herrn Fröhlichs Platz einnimmt.

Frau Hüneke bringt den Antrag ein. In 2019 stünde das 30-jährige Jubiläum bevor. Die Umsetzung der Gestaltungsalternativen würde etwa 120.000,00 € kosten.

Frau Roth ergänzt, dass die Projektidee bereits seit 2013 bestehe.

Frau Dr. Schröter bezieht sich auf bereits geführte Debatten zur Umgestaltung des Luisenplatzes und erinnert, dass viele Möglichkeiten zur Gestaltung ausgeschlossen wurden und hinterfragt, ob die Gestaltungsalternativen mit den Vorschriften kompatibel seien. Zudem erkundigt sie sich, ob die Gelder bereits im Haushalt eingeplant wären.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass der Luisenplatz über eine vielfältige Geschichte verfüge. Aus seiner Sicht wären Bänke die geeignetste Alternative.

Frau Hünecke erwidert, dass das vorgesehene Informationssystem für Potsdamer Plätze auch die Vielfältigkeit der historischen Entwicklung des Luisenplatzes in Ergänzung zum geplanten Denkmal darstellen werde.

Herr Büloff informiert, dass das Architekturbüro Lützwow 7, als Gestalter des Luisenplatzes in der jetzigen Form, grundsätzlich einverstanden sei, den Platz weiterzuentwickeln. Die Bereiche Stadterneuerung und Denkmalschutz können erst genaue Aussagen treffen, wenn eine konkrete Planung zur Gestaltung vorliege. Wichtig sei, dass der Platz seine Funktionalität behalte.

Herr Mensch hinterfragt die Kosten für 4 Bänke und plädiert dafür, in den Beschlusstext die Anzahl der Bänke auf maximal vier zu beschränken. Des Weiteren möchte er wissen, ob bei der Gestaltung auch QR-Codes Berücksichtigung finden.

Herr Büloff erwidert, dass auch die Integration von QR-Codes thematisiert werde und macht deutlich, dass der Beschlusstext den notwendigen Spielraum für das Werkstattverfahren lassen müsste. Wann das Werkstattverfahren stattfindet, stünde noch nicht fest.

Herr Dr. Scharfenberg macht darauf aufmerksam, dass der Beschlusstext als Gestaltungsalternativen Bodenplatten und/oder die Gestaltung von vier Bänken an der Fontäne vorsieht. Aus seiner Sicht könnte nur eine Alternative umgesetzt werden. Das „und“ in dem Beschlusstext müsste gestrichen werden.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob die Kostenkalkulation von 120.000,00 € für die Umsetzung einer Variante vorgesehen sei, erwidert Herr Büloff, dass beide Alternativen zunächst in der Kalkulation berücksichtigt wurden. Er macht darauf aufmerksam, dass der Diskussionsprozess zur Gestaltung noch laufe und Gestaltungsideen noch eingebracht werden. Eine konkrete Benennung der Kosten sei derzeit noch nicht möglich.

Herr Kolesnyk spricht sich dafür aus, den Antrag in den Fraktionen zu besprechen, da dieser Auswirkungen auf den Haushalt habe.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, den Antrag abzustimmen, jedoch in dem Beschlusstext das „und“ zu streichen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Dr. Schröter stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Konzepts (s. Anlage), ein Finanzierungskonzept über 120.000 EURO aufzustellen, ggf. Drittmittel zu erschließen.



In einem Werkstattverfahren sollen die beiden prinzipiell denkbaren Gestaltungsalternativen (Bodenplatten ~~und~~/oder Gestaltung von vier Bänken an der Fontäne) konkretisiert, diskutiert und schließlich eine Entscheidung herbeigeführt werden. Dabei sind neben Vertretern von Verwaltung und Gestaltungsrat auch engagierte BürgerInnen und Mitglieder der AG „Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam“ einzubeziehen.

Das Denkmal soll zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution 2019 fertiggestellt werden.

Über die Zwischenschritte sind der Hauptausschuss, der Kulturausschuss, der Finanzausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 4      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1    Projektförderung 2018**

Frau Dr. Seemann führt in die Thematik ein und bedankt sich bei dem ehrenamtlichen Engagement der Projektjury. Der Ausschuss wird um zustimmende Kenntnisnahme gebeten. Die Information zur Projektförderung würde am folgenden Tag per Mail an alle Antragsteller verschickt.

Herr Trautvetter, stellvertretender Sprecher der Projektjury, führt aus, dass die beantragte Summe doppelt so hoch war, wie die Summe die gewährt werden konnte. Er betont die Wichtigkeit der Projektförderung für die Vielfältigkeit der Kulturlandschaft in Potsdam. Er stellt den Ausschussmitgliedern sechs der insgesamt 34 bewilligten Anträge vor. Im Falle dessen, dass jemand die gewährten Mittel nicht in Anspruch nimmt, wurden seitens der Projektjury zwei Nachrücker benannt.

Auf die Nachfrage von Herrn Kolesnyk, warum die zwei Nachrücker keine Förderung bekommen, erwidert Frau Dr. Seemann, dass Jurybegründungen nicht raus gegeben werden.

Herr Kolesnyk hinterfragt, warum die Fête de la Musique so wenig Projektgelder bekomme.

Frau Dr. Seemann führt aus, dass die Fête de la Musique belebend für die Schiffbauergasse sei. Aus diesem Grund würden noch weitere Mittel für die Fête de la Musique aus dem Budget der Schiffbauergasse bereitgestellt.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Empfehlung der Projektjury **zustimmend zur Kenntnis.**

## zu 5

### Sonstiges

Herr Fröhlich informiert darüber, dass die Universität Potsdam im November 2017 ein Votum in Bezug auf den Antrag zur Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in Golm an die Verwaltung gegeben habe. Bis dato wurde das Votum noch nicht an den OBR Golm zur erneuten Behandlung weitergereicht. Da bereits so viel Zeit verstrichen sei, beantragt er, in der kommenden Ausschusssitzung den Antrag zur Umbenennung erneut aufzurufen, auch ohne Votum des OBR.

Frau Dr. Schröter macht darauf aufmerksam, dass der formale Weg einzuhalten sei. Dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft läge noch nichts vor. Daher könnte der Antrag noch nicht behandelt werden.

Frau Dr. Seemann informiert die Ausschussmitglieder über den Sachstand zum Bau des Spielplatzes in der SBG. Am 05.12.2017 fand die Submission der öffentlichen Ausschreibung der Spielplatzarbeiten (Klettergeräte und Garten/Landschaftsbau) statt. Nachdem nur ein gültiges sowie ein ungültiges Angebot eingegangen sei und nach Prüfung ca. 20% über den förderfähigen Kosten lag, wurde die Ausschreibung in Abstimmung mit dem Fördergeber wieder aufgehoben. Die Ausschreibungsunterlagen sind im Dezember neu versandt worden, es sind sechs Angebote eingegangen, welche derzeit ausgewertet werden.

Zur Zeit erfolgt die Auswertung der Angebote. Die Fertigstellung des Spielplatzes einschließlich der fördertechnischen Abrechnung ist bis zum 30.06.2018 geplant.

Frau Dr. Schröter informiert darüber, dass der Ausschuss in diesem Jahr im Mai im HBPG tage und im Herbst zu Gast bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten wäre.

---

Dr. Karin Schröter  
Vorsitzende des Ausschusses für  
Kultur und Wissenschaft

---

Bettina Schmidt  
Schriftführerin